

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 19.11.2013

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 21:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Schön

SPD

Herr Donath
Herr Gerth (bis 19.05 Uhr)
Frau Schneider
Frau Schrader Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood (ab 17.10 Uhr)
Frau Dr. Ober (bis 19.55 Uhr)
Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany BfB-Gruppe
Frau Dogan-Alagöz Integrationsrat (bis 18.30 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Stellv. Beratendes Mitglied

Herr Vagt BfB-Gruppe

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Wörmann

Frau Grau
 Herr Metzger
 Frau Dammann

Herr Linnenbürger

Herr Puls
 Herr Cremer

Herr Bergen

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für Verkehr
 Bauamt
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Stab Dezernat 5
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention

Gäste

Herr Prof. Dr. Stricker
 Herr Teismann
 Herr Siegeroth
 Herr Hanke
 Herr Kreft
 Frau Schellong

Fachhochschule Bielefeld
 Fachhochschule Bielefeld
 REGE mbH
 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
 CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt Herrn Vagt als neues stellvertretendes beratendes Mitglied im SGA.

Aufgrund eines Anschlusstermins von Herrn Prof. Stricker schlägt sie eine Umstellung in der Beratungsreihenfolge vor.
Frau Rathsmann-Kronshage beantragt die Beratung der Informationsvorlage unter TOP 18 im öffentlichen Teil der Sitzung.
Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die Gründe für eine nichtöffentliche Beratung.

Beschluss:

TOP 5 wird als erster Punkt behandelt und TOP 18 wird im Anschluss an TOP 14 im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 5
(vorgezogene
Beratung)

Sozialticket

Zu Punkt 5.2
(vorgezogen)

Ergebnis der Auswertung der Kundenbefragung

Herr Prof. Stricker stellt die abschließenden Ergebnisse der Untersuchung der Nutzung des Sozialtickets durch Anspruchsberechtigte in Bielefeld vor (**Anlage 1**).

Fragen von Frau Kammeier, Herrn Dr. Schmitz und Frau Cascante-Maristany werden von ihm beantwortet.

Zu Punkt 5.1

Sozialticket -Preisgestaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6401/2009-2014

Frau Grau erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Darüber hinaus informiert sie den Ausschuss darüber, dass der Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung eingegangen sei. Demnach erhalte die Stadt Bielefeld

für das Jahr 2013 zusätzliche Fördermittel zum Sozialticket in Höhe von 300.000 €. Für das Förderjahr 2013 würden deshalb 1.131.000 € zur Verfügung stehen. Bei einer geringfügigen weiteren Steigerung der Abnahmezahlen würden die Fördermittel voraussichtlich bis mindestens Mai 2014 ausreichen und bis zum Verwendungsschluss am 30.06.2014 verbraucht sein.

Auf Nachfrage von Frau Rathsmann-Kronshage führt sie aus, dass die Nachbewilligung 100.000 € höher ausgefallen sei, als im Vorfeld erwartet. In der nunmehr vorgelegten Preiskalkulation seien nur 200.000 € nachbewilligte Fördergelder berücksichtigt worden. Den Vorschlag von Frau Rathsmann-Kronshage eine Reduzierung der Ticketpreise um weitere 2 € pro Ticket umzusetzen bewertet Frau Grau sehr kritisch. Nach Ihrer Auffassung bestehe dann die Gefahr einer kurzfristigen Ticketpreiserhöhung. Um einen gemeinsamen Konsens im Ausschuss zu erzielen, beantragt Frau Rathsmann-Kronshage eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 17.45 Uhr bis 17.55 Uhr.

Vorsitzende Frau Schrader bittet die Anwesenden um Ihre Anträge bzw. Stellungnahmen.

Für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen stellt Frau Rathsmann-Kronshage folgenden Antrag:

„Die Sozialticketpreise werden ab 01.12.2013 zusätzlich noch um je 1 € reduziert. Das Sechser-Abo würde somit 28,90 € und das 9-Uhr-Abo 18,90 € kosten.“

- einstimmig beschlossen -

Vorsitzende Frau Schrader lässt, unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages, über die Drucks.-Nr. 6401/2009-2014 abstimmen.

Beschluss:

Die zusätzlich bewilligten Mittel für 2013, die bis zum 30.06.2014 verwendet werden dürfen, werden zur Reduzierung der Ticketpreise genutzt. Die Sozialticketpreise werden ab 01.12.2013 auf 28,90 € (Sechser-Abo) und 18,90 € (9-Uhr-Abo) neu festgesetzt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 08.10.2013

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des

Sozial- und Gesundheitsausschusses am 08.10.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Leistungen des BuT-Pakets

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 Sachstand zu den Vertragsverhandlungen über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2014 - 2016

Herr Wörmann teilt mit, dass im Rahmen von drei Verhandlungsrunden zu den konkreten Vertragstexten mit den Trägern folgende Ergebnisse erzielt worden seien:

- In den Verträgen wird eine Aussage über die prozentualen Finanzierungsanteile von Trägern, Stadt und Dritten aufgenommen
- Max. 3%ige Tarifsteigerungen nach TVöD kommunal
- Der aktuelle Preisindex ist Grundlage für die Sachkostensteigerung (z. Zt. 1,8 %)
- Die bestehenden Zielformulierungen in allen Verträgen werden konkretisiert und mit mindestens einer Kennzahl hinterlegt
- In drei Vertiefungsbereichen soll es gemeinsame Planungsgespräche für 2015 geben: offene Seniorenarbeit, Stadtteilprojekte, Inklusion

Die Vertragstexte seien soweit abgestimmt und die Unterzeichnung der Verträge werde noch vor Weihnachten erwartet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Zielvereinbarungen zwischen Jobcenter und Agentur für Arbeit (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 06.11.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6534/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort von Herrn Radloff (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Bildungs- und Teilhabepaket (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 12.11.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6571/2009-2014

In Ergänzung zur Mitteilung unter TOP 2.1 teilt Frau Schulz mit, dass sich nach Abschluss der Haushaltsbuchungen folgende Beträge ergeben:

- Für 2011
Erträge für das BuT Leistungspaket aus der Bundesbeteiligung = 4.201.163 € abzgl. Aufwendungen für das BuT Leistungspaket = 2.138.403 € ergibt einen Überschuss von 2.062.760 €
- Für 2012
Erträge für BuT Leistungspaket aus der Bundesbeteiligung = 4.348.398 € abzgl. Aufwendungen für das BuT Leistungspaket = 3.327.922 € ergibt einen Überschuss von 1.202.476 €.

Bedingt durch die Absenkung der Erstattungsquote für die Jahre 2013 und 2014 auf 3,4%, werde eine jährliche Unterdeckung von 1,5 Mio. € erwartet. Es sei beabsichtigt, diese Unterdeckungen aus den übertragenen Mitteln der Jahre 2011 und 2012 zu finanzieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 **Anfrage zur SGA-Sondersitzung am 07.11.2013 zum Thema Flüchtlinge (Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 06.11.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6533/2009-2014

Frau Schulz verweist auf eine schriftliche Zusammenfassung der bereits in der Sondersitzung mündlich beantworteten Anfrage, die als Tischvorlage vorliegt (**Anlage 3**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6 **Lebenslagenbericht 2011/12**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6550/2009-2014

Herr Wörmann informiert über die veränderte Darstellung des Berichtes, weg von den Zahlenkolonnen, hin zur visuellen Darstellung. Er erläutert die im Sozialleistungsbericht 2011/2012 dargestellten Entwicklungen im Bereich der Transferleistungsquote, der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, der Grundsicherung und der Unterbringungssituation bei einheimischen Wohnungslosen und ausländischen Flüchtlingen (**Anlage 4**). Der Bericht sei ab dem heutigen Tag auf der Homepage der Stadt Bielefeld einsehbar.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Cascante-Maristany, Frau Schneider, Herr Winkelmann, Frau Kammeier, Herr Hood und Frau Dr. Ober. Fragen werden von Herrn Wörmann beantwortet.

Aus der Debatte heraus wird die Verwaltung gebeten, für eine der nächsten Sitzungen das Thema „Pflegerbedürftigkeit, Kostenübernahme bei Heimunterbringung“ vorzubereiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6498/2009-2014

Herr Metzger verdeutlicht auf der Grundlage des Wohnungsmarktberichtes 2013 die Entwicklungen am Bielefelder Wohnungsmarkt (**Anlage 5**). Im unteren Mietpreissegment spanne sich der Markt in Bielefeld spürbar an, so dass die Versorgungsquote für Wohnungssuchende mit Wohnberechtigungsschein derzeit nur noch bei 35% liege. Ein weiteres Indiz für die Anspannung sei auch, dass die dauerhaft leerstehenden Wohnungen um 19% auf 1.700 Wohnungen zurückgegangen seien. Ein weiterer Neubau von öffentlich geförderten Mietwohnungen sei dringend erforderlich.

Auf Fragen von Herrn Dr. Schmitz, Herrn Winkelmann, Frau Schneider, Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Onckels und Frau Kammeier führt er u. a. aus, dass mit dem geltenden KdU-Satz von 4,64 €/qm wegen des Klimabonusses auch Wohnungen in einem höheren Mietpreissegment angemietet werden könnten. Das mangelnde Interesse am Bau von öffentlich geförderten Mietwohnungen sei auf das zurzeit herrschende niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt zurückzuführen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 Ergebnisse und Umsetzung der Kommunalen Koordinierung für das Schuljahr 2012/2013

Herr Siegeroth berichtet über

- den Ausbildungsmarkt 2012/2013
- die Entwicklung der Schulabgangsjahrgänge 2008/2009 - 2012/2013
- Strategien und beispielhafte Programme 2013 und
- die Kommunale Koordinierung (**Anlage 6**)

Demzufolge sei die Ausbildungsmarktsituation in diesem Jahr sehr problematisch, die Einmündung von begleiteten Schülerinnen und Schülern in duale Ausbildung sei auf 29% zurückgegangen und das Angebot an Ausbildungsplätzen sei rückläufig. Der doppelte Abiturjahrgang wirke sich allerdings nicht im vollen Umfang direkt auf den Bewerbermarkt aus.

Zur Frage von Frau Schneider über die Anzahl von theoriereduzierten Ausbildungsplätzen sagt Herr Siegeroth eine Aufstellung zu.

Beantwortung im Nachgang der Sitzung:

*„Bei der Industrie- und Handelskammer gibt es 310
Ausbildungsverhältnisse in allen Ausbildungsjahren, Stand: 27.11.2013.“*

Ausbildungsberuf	Anzahl d. Ausbildungs-verhältnisse
<i>Ausbaufachwerker</i>	3
<i>Beikoch</i>	52
<i>Bürokräft</i>	10
<i>Fachpraktiker f. Industrieelektrik</i>	7
<i>Hauswartzgehilfe</i>	6
<i>Helfer im Gastgewerbe</i>	37
<i>Holzbearbeiter</i>	35
<i>Lagerfachhelfer</i>	23
<i>Metallbearbeiter</i>	27
<i>Metallfeinbearbeiter</i>	5
<i>Metallwerker</i>	29
<i>Recycling-Werker</i>	11
<i>Teilkoch</i>	1
<i>Verkaufshilfe</i>	64

Bei der Handwerkskammer wurden im Jahr 2013 92 Ausbildungsverträge in theoriegeminderten Berufen abgeschlossen.“

Herr Winkelmann teilt in diesem Zusammenhang mit, dass sich eine Arbeitsgruppe des Beirates für Behindertenfragen seit 1 1/2 Jahren mit den Rahmenbedingungen einer theoriereduzierten Ausbildung befasse. Weitere Fragen von Frau Osthus, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Cascante-Maristany werden von Herrn Siegeroth beantwortet.

Zu Punkt 9

Arbeitsmarktberichterstattung für den Bereich Sozialgesetzbuch II -Quartalsbericht-

Herr Kreft erläutert die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld anhand der mit der Einladung versandten Unterlagen. Er weist darauf hin, dass auf Seite 22 beim zweiten Zielindikator ein Wort fehlt. Der Zielindikator lautet korrekt „Quote der Inanspruchnahme der psychosozialen Beratungsstellen“.

Auf Nachfrage von Frau Rathsmann-Kronshage erklärt Herr Hanke, dass die Erreichung des Regionalziels „Kosten der Unterkunft...“ nur von der Stadt Bielefeld beantwortet werden könne, deshalb unterbleibe auch eine „Ampeldarstellung“ im Bericht. Frau Rathsmann-Kronshage vertritt den Standpunkt, dass diese Zielvereinbarung mit dem Jobcenter abgeschlossen worden sei und dann müsse sie auch abgebildet werden. Herr Hanke sagt eine Abstimmung mit der Stadt Bielefeld zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10 **Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5-Soziales, hier:
Zielmatrix 2. Tertialberichterstattung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6422/2009-2014

Frau Schulz erläutert die zum 2. Tertial festgestellten Abweichungen zum Zielwert in der Zielmatrix des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-. Herr Wörmann stellt für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention die Ergebnisse der vom Zielwert abweichenden Maßnahmefelder dar.

Herr Siegeroth informiert anhand von zwei Beispielen über die Ergebnisse der REGE mbH.

Herr Kreft verweist auf den Quartalsbericht unter TOP 9, in dem bereits über aktuellere Zahlen informiert worden sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Umsetzung der sozialraumbezogenen BuT Schulsozialarbeit
bei der REGE mbH - Festlegung der Basisschulen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6404/2009-2014

Herr Wörmann verweist auf die inhaltliche Diskussion in der SGA-Sitzung am 08.10.2013. Das damalige Diskussionsergebnis sei nun in der vorgelegten Beschlussvorlage umgesetzt worden. Darüber hinaus teilt er folgende Beschlussergebnisse über die Vorlage mit:

- Jugendhilfeausschuss => einstimmig mit zwei Enthaltungen
- Schulausschuss => einstimmig

Eine Nachfrage von Frau Kammeier wird von Herrn Wörmann und Herrn Siegeroth beantwortet.

Beschluss:

1. In den folgenden Basisschulen soll auf Grundlage des Beschlusses des Sozial- und Gesundheitsausschusses, des Jugendhilfeausschusses und des Schul- und Sportausschusses (Beschlussvorlage Nr. 6288/2009-2014) das Konzept zur sozialraumbezogenen BuT-Schulsozialarbeit ab dem 01.01.2014 bis zum 31.07.2015 (Ende des Schuljahres 2014/2015) umgesetzt werden:

Sozialraum A – Sennestadt/Senne und Brackwede

- Frölenbergschule
- Vogelruthschule
- Südschule

- Grundschule Windflöte
- Hans-Christian-Andersen-Schule
- Astrid-Lindgren-Schule
- Brüder-Grimm-Schule

Sozialraum B – Mitte West, Schildesche, Gellershagen, Jöllenbeck, Dornberg und Gadderbaum

- Grundschule Dreekerheide
- Stiftsschule
- Eichendorffschule
- Bültmannshofschule
- Plass-Schule
- Sudbrackschule
- Wellensiekschule (neuer Standort)
- Stapenhorstschule (neuer Standort)

Sozialraum C – Mitte Ost, Stieghorst, Heepen

- Osningschule
- Josefschule
- Bückardtschule
- Diesterwegschule
- Fröbelschule
- Rußheideschule
- Volkeningschule
- Hellingskampschule
- Wellbachschule
- Stieghorstschule
- Grundschule Oldentrup (neuer Standort)

Darüber hinaus erfolgt eine Einbindung der Schulstation der Hamfeldschule in das Konzept sowie des Maria-Stemme-Berufskollegs, des Carl-Severing-Berufskollegs für Metall und Elektrotechnik, des Berufskollegs Senne sowie des Berufskollegs am Tor 6 und die bisherige Betreuung von 3 KSoB Klassen (Klassen für Schüler/innen ohne Berufsausbildungsverhältnis). Die Koordination der Tätigkeiten an den Basisschulen sowie die Form der Einbindung der Satellitenschulen werden durch je eine Teamleitung in den drei Sozialräumen erfolgen.

2. Die REGE mbH wird beauftragt, die erforderlichen Umsetzungsschritte entsprechend den in der Vorlage Nr. 6288/2009-2014 beschlossenen Meilensteinen vorzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Geschäftsordnung des Beirates für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6502/2009-2014

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6564/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der SGA beschließt unter Vorbehalt der Empfehlung des Seniorenrates, die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel des Jahres 2013 in Höhe von 13.000 EUR wie folgt einzusetzen:

Träger	Projekt	Förderung
Wohnprojektberatung e.V.	Erzählen, Erinnern und Erhalten	1.000 €
Stadtsporthund Bielefeld e.V.	Der Rollator als Sportgerät	850 €
Diakonie für Bielefeld	Lebensgeschichten aus dem Koffer - Biografiearbeit	3.000 €
AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	Migranten/-innen altern in Bielefeld	3.000 €
Efl – Erfahrungswissen für Initiativen Bielefeld e.V.	Senior-TrainerInnen	1.300 €
Förderkreis Soziale Stadtteilarbeit – Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde	Mit 80 zum Mond – Wünsche gehen nicht in Rente	2.000 €
Das Tageshaus	Vergiss die Lieder nicht – Chorprojekt	1.850 €

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14**Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz**

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die am 09.10.2013 statt gefundene Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz. Sie berichtet u. a. über ein einjähriges Projekt zur medizinischen Intervention gegen Gewalt. Damit soll, unter Einbeziehung der vorhandenen Akteure, ein Netzwerk aufgebaut werden, dass eine bessere Gesundheitsversorgung von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern gewährleiste. Die Projektkoordination liege bei der Psychologischen Frauenberatung e. V.

Ein langfristiges Projekt sei die BaBi-Studie der Universität Bielefeld, die darauf abziele, eine gesundheitliche Chancengleichheit von Kindern in Deutschland zu erreichen. Die Studie werde über einen Zeitraum von zehn Jahren gefördert. Dabei werde die Entwicklung von Kindern, beginnen mit der Schwangerschaft, beobachtet und ausgewertet. Auf Nachfragen von Frau Schneider und Frau Cascante-Maristany führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass eine Kontaktaufnahme mit Schwangeren aktuell begonnen habe und durch die Kooperation mit Frauenärztinnen und –ärzten, Hebammen und Wochenstationen aller Bielefelder Geburtskliniken gewährleistet werde. Auch Frauen mit Migrationshintergrund seien schon in der Studie angemeldet. Genaue Zahlen seien zur Zeit noch nicht bekannt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17

(vorgezogene
Beratung)

**Gesundheitsbericht Kinder - Entwicklungsstand der
Einschulkinder 2010 - 2012 nach statistischen Bezirken**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6436/2009-2014

Herr Cremer erläutert die Ergebnisse über den Entwicklungsstand der Einschulkinder 2010 – 2012 (**Anlage 7**).

Es werden keine Fragen gestellt.

Frau Rathsmann-Kronshage nimmt an, dass dem Thema aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit nicht gerecht werden könne. Sie schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzung inhaltlich intensiver zu diskutieren. Beigeordnete Frau Ritschel begrüßt den Vorschlag und sieht eine weitere Erörterung in sechs Monaten für zielführend.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
Vorsitzende

Krumme
Schriftführerin